

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
befreiung.

Anzeigenpreis: die einpaltige Pettizelle oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Cerill
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 134

Februar 1921

Wildbad, Montag, den 13. Juni 1921

Februar 1921

55. Jahrgang

Die Vorkriegspolitik der Entente.

I.

Kampfhalt hält die Entente an der Lüge einer deutschen Schuld an dem Ausbruch und der Entscheidung des Weltkriegs fest. Auf dieser Lüge ruht der Friedensvertrag von Versailles. Lloyd George sagte am 3. März 1921 auf der Konferenz in London: „Für die Verbündeten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend, sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrags errichtet worden ist, und wenn diese Anerkennung verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig.“

Auf Grund dieser im Friedensvertrag so behaupteten auf jahrelange Kriegs-Vorbereitungen zugeschnittenen Schuld wird von Deutschland Entschädigung im Entschädigungskrieg erpresst. Sie ist es aber auch, die das Leben der Völker auf Jahrzehnte hinaus vergiftet, die eine Stillestehung des Mißtrauens und der Verheißung besetzen läßt. Wohl weiß man im feindlichen Lager, wie brüchig die Behauptung von der deutschen Kriegsschuld ist; und man denkt nicht daran, die Archive zu öffnen, wie das in Deutschland seinerzeit zur Unterstützung jener feindlichen Lüge von einem Kantsky geschehen ist.

Achtundertsechzig „diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente“ trägt nun ein diesen Titel tragendes Buch zusammen, das der ehemalige Sekretär der kaiserlich-russischen Botschaft in London, V. von Siebert, in dem Verlag der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Berlin W. 10 herausgebracht hat. Wohl stehen auch hier zu einem großen Teil die russischen Aktenstücke im Vordergrund, nicht nur deshalb, weil der Verfasser in Diensten der russischen Regierung gestanden hat, sondern weil Rußland die eigentliche Schatzkammer des Balkanbundes gewesen ist, der Balkankrieg den Ausfall des Weltkriegs darstellte und die Balkanpolitik von Anfang an die Gruppierung der Mächte aufzeigte. Demzufolge muß jede Sammlung von Vorkriegsaktiven mit Veröffentlichungen beginnen, die sich auf die unmittelbar nach der bosnischen Krise 1908/09 eingetretenen Lage beziehen. Siebert teilt nun aus dem Bericht des russischen Botschafters in Paris an seine Regierung in Petersburg u. a. folgendes mit:

Der französische Botschafter in Berlin hat die Aufmerksamkeit Richons (des damaligen französischen Ministers des Auswärtigen, D. Schr.) darauf gelenkt, daß Deutschland und Oesterreich (in der Angliederung Bosniens an Oesterreich-Ungarn) so entschieden vorgehen, weil sie überlegen sind, daß Rußland sich auf keinen Fall zum Krieg entschließen und daß aller Wahrscheinlichkeit nach England und Frankreich sich einer Teilnahme am Krieg enthalten würden, selbst wenn Rußland in denselben hineingezogen werden sollte. Jules Cambon (französischer Botschafter in London, D. Schr.) hat hinzugefügt, es wäre notwendig, irgendwelche militärische Maßnahmen zu treffen, welche zeigen würden, daß Frankreich entschlossen ist, seinen Bündnisvertrag mit Rußland zu erfüllen. Außerdem wies er auf den ungünstigen Eindruck hin, den die Worte eines englischen Ministers hervorgerufen hätten, England habe nicht die Absicht, Serbiens wegen Krieg zu führen. Infolgedessen wurde hier (in Paris, D. Schr.) sofort die Befähigung getroffen, keine Ausrüstungsbestellungen in den an der deutschen Grenze liegenden Armeekorps zu erteilen, und es wurden verschiedene Truppenbewegungen und andere Maßnahmen zur Vorbereitung der Mobilisation durchgeführt. In London hat man diese Erwägungen auch beherzigt und man hat mit der französischen Regierung vereinbart, eine Fronte zusammenzustellen, welche sich bei Malta zu versammeln hätte. Die englische Admiralität hat auch noch andere Maßnahmen getroffen. Inzwischen haben aber die Telegraphenagenturen ganz Europa von einer geheimen Sitzung des russischen Ministers in Paris, des Selo benachrichtigt, in der die Minister der Finanzen, des Handels und des Kriegs beauftragt hätten, daß es für Rußland unmöglich sei, Kriege zu führen. Eine derartige öffentliche Abweisung unserer völligen Machtlosigkeit hat auf unsere Freunde einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Die Kabinette von Paris und London haben hieraus

den Schluß gezogen, daß Rußland, Frankreich und England mehr denn je auf gemeinsames Handeln bedacht sein und gleichzeitig militärisch rüsten müssen, um ihren Gegnern die Ueberzeugung beizubringen, daß sie es mit einer politischen Kombination zu tun haben, die sich Achtung zu verschaffen weiß und ihre Forderungen durchsetzen wird.“ (Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Tschadowitsch vom 1. April 1909.)

Damit sind also die Richtlinien der Ententepolitik gekennzeichnet. Der Gegensatz zwischen Rußland und Oesterreich ist keineswegs ausgeglichen und wird auch nicht ausgeglichen; Rußland bemüht sich gegen Oesterreich einen Balkanbund zusammenzubringen, um im gegebenen Augenblick — d. h. wenn seine Vorbereitungen zu Ende sind — gegen Oesterreich vorzugehen. Die Entwicklung des Balkanbunds und seiner gegen die Mittelmächte gerichteten Absichten stellt eine ganze Reihe von Dokumenten dar. So heißt es in dem Aktenstück Nr. 580, einem Telegramm des russischen Außenministers Sazanow an den russischen Botschafter in London, datiert vom 30. März 1912:

„Zwischen Serbien und Bulgarien ist mit unsere“ Willen ein Bündnis abgeschlossen worden zu gegenseitiger Verteidigung und zum Schutz der gemeinsamen Interessen für den Fall der Veränderung des Gebietsstandes auf dem Balkan oder des Angriffs einer dritten Macht auf eine der vertragschließenden Parteien. Dieser Vertrag wurde dem englischen Gesandten in Bulgarien, Fronsida, mitgeteilt. Ich bitte Sie, einen Ihrer Ansicht nach richtigen Zeitpunkt zu benutzen, um Poincaré obiges mündlich mitzuteilen, indem Sie ihn auf die allerernsteste Weise darauf aufmerksam machen, daß der Abschluß des Bündnisses unbedingt geheim gehalten werden muß. Sie können hinzufügen, daß, da eine besondere Geheimklausel beide Teile verpflichtet, die Ansicht Rußlands einzuholen, ehe sie zu aktiven Maßnahmen schreiten, wir der Ansicht sind, daß wir auf diese Weise ein Mittel in Händen haben, auf beide Staaten einzuwirken, und daß wir gleichzeitig eine Schutzmaßregel getroffen haben, um uns der Erweiterung des Einflusses einer größeren Macht (Oesterreichs) auf dem Balkan zu widersetzen.“

Hier sind also die Mächte bereits ganz deutlich gruppiert: auf der einen Seite Rußland, Frankreich und England mit dem Balkanbund, auf der anderen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, während Italien vorläufig noch sich einbar abseits steht, offiziell mit Deutschland und Oesterreich den Dreiecksbund bildet, in Wirklichkeit aber bereits der Entente fähig genommen hat die während des türkisch-italienischen Zusammenstoßes zu einer Annäherung führt. Darüber berichtet besonders ein vertraulicher Bericht des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 25. März 1912. In ihm sind die russischen Bemühungen um Italien seit dem Jahr 1908 berichtet, ist darauf hingewiesen, wie die verschiedenen österreichisch-italienischen Mißverständnisse von Rußland außerordentlich geschickt ausgenutzt werden und wird voller Verehrung festgestellt, „daß das Gefühl der Dankbarkeit den Italienern zum Bewußtsein gebracht hat, daß unsere Bestrebungen und Ziele viel Gemeinsames haben.“ (S. 475.)

Diese „Gemeinsamkeit der Ziele“ war aber bereits seit längerer Zeit angeheilt; im italienisch-französischen Vertrag bestand bereits im Jahr 1911. In einem in der Sammlung Sieberts dem eben erwähnten Aktenstück vorangehenden „streng vertraulichen Briefe“ desselben Botschafters an denselben Minister, der vom 24. Oktober 1911 datiert ist, heißt es:

„Die von Italien mit Frankreich geschlossenen Verträge bleiben nach wie vor Geheimnis... Um die gegenüberstehende Seite (Deutschland und Oesterreich-Ungarn) zu schwächen, werden Frankreich und England ein Mittel finden müssen, um Italien zu einem aktiveren Verbündeten zu bewegen. Sowohl Barrere als auch Rodd (der französische und englische Botschafter in Rom) sehen diese Notwendigkeit ein und suchen nach einem Mittel, dies zu erreichen.“

Es werden dann in dem Briefe die Gründe aufgezählt, die es „England, Frankreich und Rußland ganz besonders wünschenswert erscheinen lassen, sich den Balkan für den Fall eines Kriegs zu sichern.“ (S. 475.)

Neues vom Tage.

Das böse Gewissen.

Berlin, 12. Juni. Unmittelbar vor Beginn der „Kriegsverbrecherprozesse“ in Leipzig hatten die „Leipzig. N. Nachr.“ aus einer mehr als 400 Namen umfassenden Gegenteils französischer Kriegsverbrecher einige besonders schwere Fälle melden können. Diese Gegenteils hat eine außerordentliche Verbreitung gefunden und ist auch nach Paris gelangt. Die französische Regierung hat nun festgestellt, daß sich unter den französischen Kriegsverbrechern auch Persönlichkeiten befinden, die zu den Berliner französischen Militärmissionen gehören. Infolgedessen sind diese Offiziere sofort in die Heimat zurückbesohlen worden und haben die Reichshauptstadt Hals über Kopf verlassen. (Man ersieht daraus, daß unsere Gegenanklagen, wenn sie mutig vertreten werden, wirksam sind. So müssen wir es nicht nur zur Abwehr des Schandmals der „Kriegsverbrecherprozesse“ machen, sondern vor allem auch gegen die Lüge von der Kriegsschuld.)

Die Lage in Oberschlesien.

Dppeln, 12. Juni. Die Engländer besetzten Friedriesshütte bei Tarnowitz; kurz vorher zogen die polnischen Banden von Tarnowitz wieder ab, nachdem sie noch geplündert hatten. Der Schaden der Stadt ist sehr groß, da auch die Beschädigung Verheerungen angerichtet hat. — Die Olsauer Brücke wurde von den Polen gesprengt. Im allgemeinen haben die Kämpfe etwas nachgelassen.

Breslau, 12. Juni. Die Blätter bringen Berichte über große Ausschreitungen der Franzosen gegen die deutsche Bevölkerung.

London, 12. Juni. Wie verlautet, hat die Regierung dem General Hennider Vollmacht gegeben, die polnischen Aufständischen mit Gewalt aus den Gebieten zu vertreiben, deren Räumung verlangt wurde. Nötigenfalls werde er weitere Verstärkungen erhalten. Die „Times“ berichtet, auch den „deutschen Aufständischen“ sei der Befehl erteilt worden, südlich von Glatz sich über die Oder zurückzuziehen. Vom gleichen Ausgangspunkt an, haben die Polen das Gebiet bis zur Grenzlinie der Bezirke Pleß und Rybnitz zu räumen. Die französische Regierung habe auf das Ersuchen, sich England anzuschließen, erklärt, sie habe General Le Nord angewiesen, mit den Engländern und Italienern zusammenzuwirken, sie habe jedoch Vorbehalte gemacht.

Schichtwechsel für Arbeitslose.

Berlin, 12. Juni. In Berlin und Umgebung wird mehr und mehr von der Arbeitslosen die Forderung aufgestellt, daß die längere Zeit in Arbeit Beschäftigten nun ihren Platz zu machen haben. Das Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbund Knoch (Soz.) entging gestern mit knapper Not dem Schicksal, daß die Arbeitslosen, die das Gewerkschaftshaus besetzten, ihn in den Landwehrkanal warfen.

Wieder ein Vorwand.

Berlin, 12. Juni. In Oberschlesien war von Selbstschützendes verheerlich auf Franzosen geschossen worden, die für polnische Aufständische gehalten wurden. Der deutsche Geschäftsträger in Paris entschuldigte sich deshalb. Nach dem „Petit Journal“ erwiderte Briand, er betrachte die Angelegenheit sehr ernst und er werde die Reichsregierung verantwortlich machen. — In Berlin wird, wie halbamtlich mitgeteilt wird, von einer neuen „Sanktion“ oder etwas dergleichen noch nichts bekannt.

Kundgebungsfrei in München.

München, 12. Juni. Der Vollzugsbefehl der Betriebsräte und die drei sozialistischen Parteien hatten wegen des Anschlags auf Gareis den Kundgebungsfrei bis Montag beschlossen. Der Streik ist aber nur in den großen Betrieben durchgeführt worden. Eisenbahn, Post, Elektrizität, Gas- und Wasserwerk bleiben im Betrieb. Die Straßenbahn wurde durch Freiwillige in etwas beschränktem Maß im Betrieb erhalten. Polizei-

wehr, Reichswehr und Technische Rothhilfe standen in erhöhter Bereitschaft.

In Augsburg riefen die sozialistischen Parteien den Streik bis Montag Mitternacht aus.

Die weittragenden Geschäfte.

Berlin, 12. Juni. (Amtlich.) Die Militär-Überwachungskommission hat die Reichsregierung um Auskunft über den Verbleib der sehr weittragenden Geschäfte ersucht, die während des Kriegs von dem deutschen Heere verwendet worden sind. Die Anfrage wurde wie folgt beantwortet: Während des Kriegs sind im ganzen 7 sehr weittragende Geschäfte erbaut worden. Von ihnen sind 4 während des Kriegs unbrauchbar und zerstört worden. Bei Kriegsabbruch waren noch 3 solcher Geschäfte vorhanden, von denen ein Rohr Ende April 1919 in Essen zerschnitten, das zweite am 13. November 1919 auf dem Versuchsfeld von Menden gesprengt, das dritte am 22. November 1919 in Magdeburg zerstört worden ist. Die Teile dieser drei Rohre sind zerstört. Nach dem Friedensvertrag hatte übrigens die Überwachungskommission kein Recht, sich um diese Geschäfte zu kümmern.)

Rom, 12. Juni. (Stefani.) Der Streikaufruf der Staatsangestellten beschloß, den Streik einzustellen in der Erwartung, daß der mit der Regierung entstandene Streit vom Parlament gelöst werde.

Deutsche Anleihe in Amerika?

Berlin, 12. Juni. Die Blätter berichten, Oberst House habe vor seiner Rückreise nach Amerika Besprechungen mit führenden wirtschaftlichen Kreisen über eine Anleihe gehabt, die Deutschland von Amerika gewährt werden soll.

Der fünfte „Kriegsverbrecher“ freigesprochen.

Leipzig, 12. Juni. Im Prozeß Rahndor wurde gestern der Angeklagte freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Reichskasse auferlegt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. (Die Kosten sollten doch billigerweise dem Verband auferlegt werden. D. Schr.)

Französischer Widerhall zur Rede Churchills.

Paris, 12. Juni. Die Blätter schreiben, die Rede des englischen Ministers Churchill beim Festessen der Handelskammer in Manchester bedeute, daß die Pläne über ein französisch-englisches Bündnis zusammengebrochen seien. Frankreich brauche aber die Hilfe Englands gar nicht, es wolle ja doch nur immer den Schiedsrichter spielen. Die englische Politik sei zu ihrer alten Lehung zurückgekehrt, bald Frankreich gegen Deutschland, bald Deutschland gegen Frankreich auszuspielen. Die französischen Interessen lassen sich mit denen Englands nicht vereinen, weder in Deutschland noch in Vorderasien. Die „Action Française“ verlangt, daß kein Mann und kein Pfennig mehr aufgebracht werde, um England und Kleinasien zu unterstützen.

London, 12. Juni. Einem Vertreter des „Manchester Guardian“ gegenüber sagte Lord George, er billige die Rede Churchills durchaus. Auch er wüßte die Mitarbeit Deutschlands an der Gestaltung der europäischen Politik, am Wiederaufbau und an der Wiederherstellung des dauernden Friedens in Europa.

Die Marinerrüstung Frankreichs.

Paris, 12. Mai. Das Schiffsbauprogramm, das in der Kammer, wie berichtet, angenommen wurde, sieht 6 leichte Kreuzer, 12 Torpedoböjler, 12 Torpedoboote und 36 Tauchboote, sowie ein Flugzeugmuttergeschiff vor. Die Ausgaben in Höhe von 1413 Millionen Franken sollen auf mehrere Rechnungsjahre verteilt werden.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Die deutsche Valuta ist weiter zurückgegangen. Am 10. Juni galten 100 deutsche Mark in Zürich 8.75, am 3. Juni noch 8.95 Franken. In Amsterdam waren es 4.46 (4.54) Gulden, in Kopenhagen 8.75 (8.67/2), in Stockholm 6.75 (6.80) Kronen; in Wien 969 (944/2), in Prag 106 (106 fünf Achtel) Kronen; in London 2.54/4 (2.48) Schilling, in Newyork 1.46 (1.57) Dollar; in Paris 18 fünf Achtel (18/2) Franken.

Börse. Die Stimmung war sehr fest. Das Publikum tritt stark mit spekulativen Käufen auf. Die Aktien der württembergischen Notenbank stiegen um

50 Prozent, weil, wie es heißt, Goldverkäufe vorgenommen werden. In Berlin wurden Montanwerte bevorzugt. Daß sich die Kaufkraft dort auch den Bankaktien zuwandte, ist aus der Erhöhung der Dividende der Deutschen Bank von 12 auf 13 Prozent zu erklären. Der Anlagemarkt war gut behauptet: Reichsschatzanweisungen 99, Kriegsanleihe 77.35, 4proz. Württemberger 80.50, genau wie vor acht und vor vierzehn Tagen.

Produktenmarkt. Die Preise erfuhren nur geringe Schwankungen. Unsere Exportausfichten verbessern sich zusehends. In Berlin notierten am 10. Juni Vorkortenerbsen 130-143 (-2), Futtererbsen 113-125 (unverändert), Raps 225-235 (+15), Weinsaat 230 bis 250 (+10), Wiesensheu 18-20 (unverändert), Stroh 17-20 (+2), Mais 115 (-4) Mark. Die weißen Bezugsscheine auf Mais wurden in Berlin mit 39 bis 40% (+3-4), die roten mit 38 1/2-39 1/2 (+4) Mark notiert.

Warenmarkt. Kohle und Eisen unverändert. Württembergischer Torf ist bei Abnahme vor dem 1. September um 1 Mark für den Zentner ermäßigt worden. Die Londoner Wollauktion zeigte höhere Preise. Gänge verfolgen eine steigende Preistendenz. Wohin man schaut, eröffnet sich nirgends die Aussicht auf einen Preisabbau.

Viehmarkt. Schlachtvieh wird allmählich teurer und etwas rarer, was wohl auf die gute Futterernte und das Bedürfnis der Landwirte zurückzuführen ist, die Seuchenverluste in ihren Ställen wieder auszufüllen. Beim Schweinefleisch besteht eher Hoffnung auf einen späteren Abschlag. Zuchtvieh und Pferde behaupten sich auf ihren hohen Preisen.

Holzmarkt. Keine Besserung, stilles Geschäft.

Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrer.

Das Württ. Kultministerium hat folgende Verordnung erlassen: Für die Lehrer gilt, wie für die Beamten der Grundsch., daß sie ihre volle Arbeitskraft in den Dienst des Staats zu stellen haben und zu den Dienstleistungen verpflichtet sind, die ihnen auf Grund des übertragenen Amtes auferlegt werden müssen. Demgemäß hat die Festsetzung einer bestimmten Zahl von Unterrichtsstunden für die Lehrer der verschiedenen Schulgattungen nicht die Bedeutung, daß die Lehrer nur zu dieser Zahl von Unterrichtsstunden verpflichtet wären und eine darüber hinausgehende Dienstleistung ablehnen könnten, oder eine besondere Vergütung für sie zu beanspruchen hätten. Maßgebend für die Inanspruchnahme ist in erster Linie die Zahl der Unterrichtsstunden, die an einer Schule erteilt werden muß. Nach Artikel 3 des Besoldungsgesetzes vom 20. April 1921 dürfen Vergütungen für Dienstleistungen im Hauptamt, die über das festgesetzte oder übliche Arbeitsmaß hinausgehen, nicht gewährt werden. Besondere Vergütungen dürfen künftig nur dann gewährt werden, wenn die Dienstleistungen das ordentliche Arbeitsmaß in außer gewöhnlicher Weise übersteigen.

Als ordentliche Unterrichtsstundenzahl gelten für Volksschullehrer einschließlich der Fachlehrer, der Elementarlehrer, Fachlehrerinnen 30 bis 26 Wochenstunden, für die Lehrer an den höheren Schulen und zwar für die Studiendirektoren 18 bis 10, für Studienräte 26 bis 20, für Präzeptoren und Reallehrer usw. 28 bis 24 Stunden. Übersteigt die Mehrleistung zwei Unterrichtsstunden in der Woche, so kann für die die ordentliche Leistung um mehr als zwei Stunden übersteigende Stundenzahl eine besondere Vergütung gewährt werden, wenn die Mehrleistung nach Art und Dauer eine außergewöhnliche Inanspruchnahme darstellt.

Württembergischer Städtetag.

Stuttgart, 12. Juni. Im großen Rathausaal fand am Freitag eine Vollversammlung des Württ. Städtetags statt, die zur Förderung des Wohnungsbaus Stellung nehmen sollte. Reichsrat Dr. Waldmüller-Stuttgart wies auf die Ursachen der Wohnungsnot durch das starke Anwachsen der Zahl der Bevölkerung und die dadurch herbeigeführte übermäßige Vermehrung der Haushaltungen hin, der eine durch den Krieg und Reintot verursachte Einschränkung der Bautätigkeit gegen-

übersteht. In Stuttgart sind seit Kriegsende bis 1. Januar 1921 3521 Wohnungen geschaffen worden mit einem Aufwand von 47 1/2 Millionen Mark, wovon 11 Millionen durch Baugeldschüsse gedeckt wurden, für rund 25 Millionen hat die Stadt keine Deckung. Am 1. Januar gab es in Stuttgart aber noch 7071 Wohnungsjüden, die inzwischen auf 8500 geliegen sein dürften. Die Nationierung vermochte die Wohnungsnot nicht zu beseitigen. Nach die Erfahrungen mit den städtischen Mietwohnungen sind nicht günstig. Abhilfe kann nur durch Wohnungsbau geleistet werden. Eine Umlage von 1 Prozent auf die Gebäudelast würde in Württemberg jährlich 40 Millionen, in Stuttgart allein 12 Millionen ergeben, was, auf die Friedensmiete umgerechnet, einen Zuschlag von 17 bis 18 Prozent ergäbe. — Minister Graf wies darauf hin, daß der Finanzausschuß des Landtags 100 Millionen Mark, eine Verdoppelung des in den beiden letzten Jahren angewendeten Betrags, bewilligt habe. Der Finanzausschuß habe nur bis zu 80 Millionen geben wollen, aber er werde wohl in den sauren Apfel beißen müssen. Wegen mehrere Forderungen des Städtetags legte Minister Graf scharfe Verwahrung ein. Er glaube nicht, daß das Reich den Ländern und Gemeinden größere Selbständigkeit zubilligen werde. Die durch Landesgesetzgebung aufgebracht Mittel dürfen nicht in erster Linie für den Wohnungsbau bestimmter Gemeinden verwendet werden. Es sei auch nicht zuzugeben, daß die Gemeinden keine Zuschüsse mehr geben wollen zu Neubauten, die für Reichs- und Staatsbeamte bestimmt sind. Wenn sich z. B. die Stadt Stuttgart bemühe, daß die Reichsversicherungsanstalt nach Stuttgart verlegt werde, so müsse sie auch für die Wohnungen der Beamten Beiträge leisten. — Obürgermeister Dr. Schwammberger erklärte, die Finanzfrage sei für die Städte mit den 100 Millionen noch nicht gelöst. Die Finanzierung durch Reich, Staat und Gemeinden könne nicht länger als 2 oder 3 Jahre mehr dauern; der Wohnungsbau müsse wieder in die Hände der Privaten und Genossen übergehen und die Zwangswirtschaft aufgehoben werden. Eine Steigerung der Mietpreise lasse sich nicht umgehen.

Nach längerer Aussprache wurde eine Entschliebung angenommen, die die Bewilligung von 100 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaus begründet. Es wird gefordert, daß der § 3 des Reichsgesetzes betreffend vorläufige Förderung des Wohnungsbaus vom 12. Februar 1921 mit sofortiger Wirkung aufgehoben werde. Durch württ. Landesgesetz sollen die notwendigen Mittel für die Jahre 1921 und 1922 in mindestens dem doppelten Betrag gegenüber der in dem genannten Reichsgesetz vorgesehenen Höhe aufgebracht werden durch eine prozentuale Abgabe aus dem Gebäudesteuer-Voranschlag. Die Gemeinden sind zu ermächtigen, zu dieser Landesabgabe weitere Zuschläge zu erheben. Der Württ. Städtetag erwartet, daß kein weiterer Wohnraum für Kanalizwecke von Reichs- und Landesbehörden beansprucht wird. Der bis jetzt schon in Anspruch genommene Wohnraum ist freizugeben. Reich und Staat haben zur Unterbringung ihrer Beamten und Angestellten selbst neuen Wohnraum zu erstellen. Die zur Durchführung des Wohnungsbürgerrechtsgesetzes vom 30. Mai 1919 notwendige Landesanstalt soll baldigst eingesetzt werden.

Zum Schluß wurde zur Kenntnis gebracht, daß die Schwäbische Volkshöhne im letzten Jahr einen Abmangel von 300 000 Mark hatte, wovon der Staat die Hälfte übernommen hat. Das Unternehmen wird der unterstützenden Hilfe der Stadtgemeinden empfohlen.

Württemberg.

Stuttgart, 12. Juni. (Vom Landtag.) Der Landtag soll voraussichtlich am 21. Juni wieder zusammentreten. Die wichtigsten Arbeiten werden die Wohnungsfrage und die Gründung der Redaktions-Kanal-A. G. sein.

Stuttgart, 12. Juni. (Sachverständige für den Religionsunterricht.) Zur Bearbeitung der Frage n des Lehrplanmäßigen Religionsunterrichts in der Volksschule und den Lehrerbildungsanstalten, soweit sie die Schulverwaltung betreffen, sind vom Kultministerium als theologisch vorgebildete Sachverständige berufen worden: in den evangelischen Oberkirchenrat Prälat D. Dr. Schöll in Stuttgart für den evangelischen, Domkapitel-

Viola.

Roman aus dem Leben von Georg v. Bletten.

54) Viola war recht schweigsam und nur hin und wieder betätigte sie sich an der Unterhaltung. Sie schien mit wichtigen Plänen beschäftigt zu sein; ihr personener, in die Berne gerichteter Blick ließ darauf schließen. —

Da brauste der Zug heran; der Professor umarmte nochmals seine Gattin und Kinder, dann bestieg er mit Hilfe des Krankenträgers, der ihn begleitete, mühsam sein Abteil, ein Pfiff, und der Zug setzte sich in Bewegung. — Lange noch winkten die Zurückgebliebenen mit ihrem Lächeln, bis der Zug weit draußen um eine Kurve glitt und den Blicken entwand.

Auf der Promenade des Kurortes B. sah der Professor Wally im Kollstuhl und ließ sich von dem Diener in den Sonnentempel fahren. Er hatte sich schon vorzüglich erholt, denn das Klima war mild und heilkräftig und das Wetter war für eine schnelle Erholung des Genesenden überaus günstig gewesen. Tag für Tag lag ein erquickender Sonnenschein über Berg und Tal, ohne daß es drückend heiß gewesen wäre. Professor Wally war denn auch in durchaus zufriedener Stimmung, wenn ihn auch die Ergebnisse der letzten Zeit nicht zu innerer Fröhlichkeit gelangen ließen.

„Nun, Herr Professor, Sie sehen ja heute vorzüglich aus“, ließ sich neben ihm eine sympathisch klingende weibliche Stimme vernehmen.

Eine vornehme Dame in reiferen Jahren mit einem kleinen bildhübschen Mädchen, anscheinend ihrem Töchterchen, ging soeben vorbei und richtete an den alten Herrn im Kollstuhl einen Gruß, der dankbar erwidert wurde.

Der Professor war erst kürzlich mit der Dame eben durch die Lebhaftigkeit des Kindes bekannt geworden. Vor einigen Wochen flog, als eben der Professor in seinem Kollstuhl spazieren gefahren wurde, ein Summi-

ball an seine Schulter und ein erhitotes Mädchenköpfchen stand bestürzt und in rührender Berlegenheit und sah dem Balle nach, der diesen Weg nicht hätte machen sollen.

Ein ältere Dame folgte dem spielenden Kinde und schalt es ob seiner Ungelehrlichkeit, gleichzeitig sich bei dem gütig lächelnden Herrn im Kollstuhl entschuldigend. So brachte der Zufall eine der zahlreichen Badekantinen zuwege, die meist schnell wieder vergessen werden, oft aber auch tiefenschnellend sind für das Gedächtnis der neuen Bekannten. So auch in unserem Falle. —

Frau v. Haug und ihr Töchterchen traten auch heute an den Kollstuhl des Professors heran und diesmal schien sie noch etwas Besonderes auf dem Herzen zu haben. Der Professor bemerkte es und erleichterte es ihr in seiner gütigen, freundlichen Weise, den Anknüpfungspunkt zu finden.

Nur erzählte Frau v. Haug, daß sie in den Ketten eine Dame zu ihrer Unterhaltung und Erziehung ihres Töchterchens gesucht und daß sich daraufhin ein junges Fräulein aus K. gemeldet habe, der Stadt, in der ja auch der Herr Professor wohnte sei. Auf den fragenden Blick des Professors fuhr Frau von Haug fort:

„Eider weiß ich den Namen der Dame selbst nicht. Ich schrieb ihr auf Wunsch vorläufig. Sie schrieb mir, sie sei aus guter vorläufiger Familie, aber wichtige Gründe zwingen sie, ihren Namen bis zum definitiven Engagement nicht zu nennen. Im übrigen machten ihre Briefe den Eindruck so ungeheurer Natürlichkeit, ja Kindlichkeit, daß ich kein Bedenken trug, sie wenigstens versuchsweise in mein Haus zu nehmen.“

„Wähten Sie, gnädige Frau, Ihre Wahl nur nicht bereuen müssen! Es ist doch nicht so ganz vorsichtig, jemanden, der seinen Namen geheim hält, in so nahe Beziehungen zu sich und seiner Familie treten zu lassen.“

„Ich verlasse mich oft, und meistens glücklich auf eine momentane Eingebung, und hier lag eine solche vor. Ich weiß nicht, warum, aber ich fühlte mich durch die erste Zeile, die ich von der Hand dieser jungen Dame las, eingenommen, und dieser Eindruck blieb in mir, so daß ich das Mädchen gern habe, ohne es gesehen zu haben.“

„Ich wiederhole nochmals, möchten Sie gnädige Frau, auch diesmal Glück haben!“

„Es würde mich sehr freuen.“ Der Professor winkte dem Diener, dieser solle den Kollstuhl in Bewegung. Die Dame sah ihm noch lange nach. „Merkwürdig, auch dieser alte Herr ist mit auf den ersten Blick so sympathisch gewesen, und nun bin ich auch von ihm schon ganz eingenommen. Es ist mir, als kenne ich ihn schon lange, und als ob er auf mich und mein Leben noch irgend einen Einfluß haben werde. Ich möchte das Urteil meines Bruders über ihn kennen. Ich werde mit ihm davon sprechen. Er wohnt doch auch bis vor kurzem in K. — Daß ich dies dem Professor zu sagen vergah! Das ist ja schon ein weiterer Anknüpfungspunkt. Doch kommt Zeit, kommt Rat.“

Wieschen kehrte zur Mutter zurück, sie erhob sich mit ihr und setzte den Spaziergang unter den herrlichen Linden fort.

Inzwischen hatte sich die Zahl der in der Allee Promenierenden sehr vermehrt. Herren und Damen in ausgefuchten Toiletten und in einfachem Anzuge wandelten an ihnen vorüber, die einen still vor sich hinstellend, die anderen lebhaft plaudernd und hell auftachend, wieder andere mit misgünstigen, schmerzhaften Mienen dreinschauend — offenbar Leidende. Aber wohl keinen einzigen gab es, der nicht im Vorübergehen einen Blick in das sonnige Kinderantlitz Klein-Wieschens warf, und dessen Blick sich vom Kinde nicht unwillkürlich auf die Mutter lenkte, an deren Hand es bald ruhig einherging, bald lebhaft vorantrieb. (Fortf. folgt.)

lular Dr. Vannacker in Rottenburg für den katholischen und Oberkirchenrat Dr. Kroner in Stuttgart für den israelitischen Religionsunterricht.

Stuttgart, 12. Juni. (Die Krise am Landestheater.) Im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen am Landestheater haben Intendant Kehm, Generalmusikdirektor Busch und Oberregisseur Holl um ihre Entlassung aus dem Verband des Landestheaters gebeten. Der „Staatsanzeiger“ bemerkt, daß Maßnahmen eingeleitet sind, die den drei erprobten Kräften ihr Verbleiben im Amt ermöglichen sollen.

Eröffnung der Jahrg. Gestern vormittag wurde in der Gewerbehalle die Fachausstellung für das Hotel- und Gastwirtsgebetriebe eröffnet. Es ist eine glänzende Schau alles dessen, was mit dem Gastwirtsgebetriebe zusammenhängt.

Ellwangen, 12. Juni. (Französischer Besuch.) Am Freitag nachmittag mußte infolge starken Regens ein Flugzeug in der Nähe der Stadt landen. Die Insassen waren Franzosen, die von Paris nach Prag fuhren. Die Papiere waren in Ordnung.

Schramberg, 12. Juni. (Gebr. Junghans A.-G.) In der Generalversammlung der Gebr. Junghans A.-G. wurde das Grundkapital um weitere 20 Millionen auf 80 Millionen Mark erhöht. Der Geschäftsgang leidet unter der allgemeinen Wirtschaftskrise.

Seibranz M. Leutkirch, 12. Juni. (Brand.) Das selbsterhaltene Anwesen, der sog. Lachenhof in der Nähe von Oberhieb, Besitz der Dr. Mayer-Stuttgart, ist vollständig niedergebrannt. Das Vieh befand sich auf der Weide; dagegen sind zwei Schweine in den Flammen umgekommen.

Baden.

Karlsruhe, 12. Juni. In letzter Zeit wurde einer hiesigen Bierbrauerei ein Wirtschaftszettl bestehend aus 22 Teilen je 4 Meter breit und 3.80 Meter lang, mit blauen Längsstreifen im Wert von 19800 Mk. gestohlen. Die geschädigte Firma hat für die Wiederherbringung eine Belohnung von 200 Mark ausgesetzt.

Gestern nachmittag fiel Ede Leopold- und Amalienstraße einem 18 Jahre alten Schuhmacher eine geladene Pistole aus der Rocktasche und entlud sich. Die Kugel drang einem 15 Jahre alten Knaben in die Brust in den Unterschenkel, ohne ihn jedoch schwer zu verletzen.

Heidelberg, 12. Juni. Die Deutsche Dendrologische Gesellschaft, zu deutsch: Freunde für Baumkunde, hält im August eine Tagung in Heidelberg ab. Sie wird dabei den Weinheimer Koniferenwald mit seinen seltenen schönen Beständen an kalifornischen Mammutbäumen, Libanonsedern, Edelkannen, Tarusbäumen usw., sowie den Schloßgarten des Grafen von Verdun, besichtigen.

In einer hiesigen Wirtschaft schlich sich ein lediger Kaufmann ein und stahl eine goldene Uhr mit Kette im Wert von 2000 Mk. sowie 25000 Mk. Bargeld. Der Täter konnte ermittelt und die Sachen dem Eigentümer zurückgestellt werden.

Mosbach, 12. Juni. Daß die Zeiten sich bessern, zeigt ein Beschluß des Gemeinderats in Mosbach. Dort ist die Milchablieferung durch die Vertragsgemeinden so stark, daß man die Milch in Mosbach nicht voll verwenden kann und mit einigen größeren Städten wegen zeitweiser Abnahme der überschüssigen Milchmengen zu verhandeln beabsichtigt. Die Magermilch wird in Mosbach so wenig verlangt, daß man das Buttern einstellen mußte.

Baden-Baden, 12. Juni. Am 11. bis 17. Juni d. J. findet in Baden-Baden der 18. deutsche Konsumgenossenschaftstag statt. In den 18. Jahren seit Bestehen des Zentralverbandes ist die Zahl der ihm angehörenden Organisationen von 865 auf 1320 und die Zahl der Mitglieder auf 2724704 gestiegen.

Freiburg, 12. Juni. Bei einer durch Schüler der evang. Pfarrei Lutschfelden-Wagenstadt vorgenommenen Sammlung von billigen Eiern für das Freiburger Diakonissenhaus wurden 681 Eier aufgebracht zum Durchschnittspreis von 30 Pfennig.

Emmendingen, 12. Juni. Dem Landwirt Wilhelm Vogel in Kollmarreuter wurde in der Nacht auf Dienstag ein Ochse gestohlen.

St. Blasien, 12. Juni. Das Bürgermeisteramt St. Blasien erhielt dieser Tage von einem Schreinermeister eine Rechnung folgenden Inhalts: Für Ausbesserung des seit Jahren wackeligen Bürgermeisterstuhls Mk. 25.— Der jetzige neu gewählte Bürgermeister machte unter dieser Rechnung die Bemerkung: Daß der Bürgermeisterstuhl nicht mehr wackelt, wird bestätigt. gez.: Mutter, Bürgermeister.

Metz, 12. Juni. Ueber skandalöse Vorgänge im Saargebiet und Kesseltage in der Minenverwaltung in Höhe von 60 bis 65 Millionen Franken wissen die lothringischen Blätter zu berichten. Unter deutscher Verwaltung erbrachten die Gruben dem Reich bedeutende Einnahmen. Heute unter der Verwaltung Frankreichs sollen sie einen Fehlbetrag aufweisen. Das Defizit wird damit in Verbindung gebracht, daß eine große Anzahl von Schmarotzern am Haushalt der staatlichen Gruben zehren. Die Verfolger verfolgen ihrerseits wieder Verwandte und Freunde und schaffen neue Stellen, wenn die alten vergeben sind. Alle diese Leute fahren in Autos herum und erhalten durchschnittliche Löhne von 18000 bis 60000 Franken im Jahr.

Handel und Verkehr.

Mannheimer Viehmarkt. Zum Donnerstag-Kleinviehmarkt waren zugeführt und wurden für den Zentner Lebendgewicht bezahlt: 76 Kälber 600—800 Mk., 37 Schafe 250—500 Mk., 59 Schweine 900—1225 Mk., 620 Ferkel 100—400 Mk., das Stück je nach Alter. Im Kälberhandel ging es ruhig zu und wurde der Patrieb nur langsam gemacht; auch für Schweine, Schafe und Ferkel war das Geschäft ruhig und wurde der Markt nur langsam ausverkauft.

Vermischtes.

Ludendorff über „Politik und Kriegsführung“. Im Verlag von C. S. Mittler u. Sohn in Berlin wird zum Herbst ein neues Werk des Generals Ludendorff erscheinen, das unter dem Titel „Politik und Kriegsführung“ sich eingehend mit den von Clausewitz bereits angeführten und im Weltkrieg zu so verhängnisvoller Bedeutung gelangten Fragen befaßt wird.

Die Zeit der Banken. Die Deutsche Bank hatte im Jahr 1920 einen Umsatz von 1281 Milliarden Mark (1913 129 Milliarden). Der Bruttogewinn beträgt 712,99 Millionen (1919 213,5 Millionen), der Nettogewinn 185,07 (84,40) Millionen. Die Dividende wurde auf 18 (12) Prozent festgesetzt. Das eigene Vermögen der Bank beträgt nun 850 Millionen.

Unglaublich. Nach dem „Berl. Totalanzeiger“ hat die Ortsverwaltung von Bad Rastau bei Wiesbaden die französische Besatzungsbehörde um eine französische Garnison gebeten. Darauf sollen 150 Mann zugesagt worden sein.

Rebellische Lazarettinsassen. Seit Monaten wurde über die Widergesetzlichkeit der Insassen des Versorgungslazaretts Schloß Charlottenburg geklagt. Die Leute hielten keine Urlaubzeit ein, leisteten gegen alle Anordnungen der Verwaltung und der Ärzte Widerstand und kümmerten sich nicht im Geringsten um sie. Sie hielten in Lazarett politische Versammlungen ab und besuchten solche außerhalb nach Belieben. Ueber Küche und Keller wurde frei veräußert. Klagen und Strafen blieben nutzlos, die Beamten wurden vielmehr häufig bedroht und der leitende Arzt schwer mißhandelt. Die Oberbehörde in Berlin hatte keinen Einfluß. Schließlich sah man sich genötigt, das Lazarett aufzuheben. Die Rebellen weigerten sich aber, das Schloß zu verlassen und haben nun eine eigene Verwaltung darin eingerichtet.

Unrecht Gut dabei nicht. Die der „Messagero“ in Rom mitgeteilt, ist das Luftschiff „Aufonio“, einer der Zeppele, die Italien als Kriegsbeute von Deutschland erhalten hatte, in seiner Halle in Folge starken Windes von der Aufhängeankerung losgerissen worden und vollständig zusammengebrochen. Das Luftschiff hatte vor kurzem noch einen Flug nach Sardinien ausgeführt.

Grubenbrand. In Maré im Staat Illinois (Nordamerika) brach in einer Kohlengrube ein Brand aus, während 600 Arbeiter in den Stollen waren. Die meisten konnten retten, etwa 100 wurden aber vom Feuer abgetötet. Ueber ihr Schicksal ist noch nichts bekannt.

Die Keimfähigkeit der Getreidekörner. Die vielverbreitete Meinung von dem „Mumienweizen“, d. h. von Weizenkörnern aus 5000 Jahre alten ägyptischen Gräbern, die noch keimten, hat sich als eine Fabel erwiesen. Doch hat man in den Silberbergwerken von Attila etwa 2000 Jahre alten keimfähigen Samen von Gartenpflanzen gefunden. Früher glaubte man, daß die Kälte die Keimfähigkeit beeinträchtigt, indem sie das Samenkorn gewissermaßen abtötet. Aber es ist der Nachweis erbracht, daß Körner, auch wenn sie einer Kälte bis zu minus 200 Grad ausgesetzt werden, keine wesentliche Verminderung der Keimkraft erfahren. Sie werden zwar glasshart, sind aber völlig unversehrt, wenn man sie vorsichtig wiedererwärmt und dabei jede Sprengung des Zellstoffgewebes vermeidet. Schädlicher als Kälte ist der Mangel an Sauerstoff, denn auch das Samenkorn unterliegt einem Stoffwechsel, der in der Aufnahme von Sauerstoff und in der Abgabe von Kohlenensäure und Wasser besteht. Beim Fehlen von Sauerstoff stirbt das Korn zwar nicht, aber es geht dann in eine Art Dauer- und Ruhezustand über, aus dem es durch geeignete Behandlung zu neuem Leben erweckt werden kann. Solcher Mangel an Sauerstoff tritt besonders auf, wenn der Same zu tief in den Boden gesät wird und die darüber liegenden Bodenschichten den Zutritt der Luft verhindern. Aus altem Ackerboden, der aufgeforschet wurde, nahm man Samenkörner, die mehr als 100 Jahre in großer Tiefe gelegen hatten. Sie keimten dennoch. Wenn man solche alten Samen zu neuem Leben wecken will, muß man gewisse Kunstgriffe anwenden; Feuchtigkeit, Wärme und Luft müssen in richtigem Verhältnis einwirken, um das Protoplasma neu zu beleben. Es läßt sich daher eine Grenze für das Alter des Getreidekörners, in dem es noch keimfähig ist, nicht feststellen; doch kann man getrost eine recht hohe Jahreszahl annehmen.

Dr. Schnaps in Amerika. Der Kommissar für die Durchführung des Alkoholverbotes im Staate Ohio tritt in seinem Jahresbericht mit der erstaunlichen Behauptung hervor, daß es jetzt statt der paar hundert Brauereien und Schnapsfabriken von früher viele Hunderttausende derartige Einrichtungen gebe. Nach der Ansicht dieses Beamten ist jeder Amerikaner heute sein eigener Schnapsfabrikant und Brauer. Die Erhebungen der Polizei haben z. B. in Columbus City ergeben, daß eine von vier Familien durchschnittlich ihr eigenes Bier braut und daß manche Hausfrauen die Herstellung von Schnaps in so großem Umfang betreiben, daß sie damit auch noch andere Familien und Freunde versorgen. Alle Früchte, die sich zur Herstellung verarbeitender Getränke eignen, werden in großen Mengen aufgekauft, und in manchen Gemeinden gibt es kein Haus mehr, das nicht einen Destillationsapparat für die Herstellung von Schnaps enthält.

Was Spaa gekostet hat. Bei dem allgemeinen Haushalt für Einnahmen und Ausgaben des belgischen Staats kommt ein Posten von 9100000 Franken vor, der die Kosten der Konferenz von Spaa darstellt, wo die ausländischen Abgeordneten die Gäste der belgischen Regierung gewesen sind. Auf der Konferenz wurden allein für 15000 Franken Zigaretten geraucht.

Wurberggrün. In Antwerpen, bayer. W.-A. Mindelheim erkrankten etwa 20 Hochzeitsgäste nach dem Genuß einer Wurst. Die Vergiftungsercheinungen traten aber bald darauf auch bei anderen Gästen des Orts auf, die ebenfalls Wurst (Preßsack) gegessen hatten. Die Hälfte der Einwohnerschaft ist krank.

Wiedereröffnung von Gebirgsbahnen. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, sind die Jungfernbahn und die Wengernalpbahn wieder eröffnet worden.

Kurze Anfrage. Die Deutschnationalen Dr. Mümm und Thomsen haben im Reichstag folgende kurze Anfrage eingebracht: „Was kostet, was nützt die Reichs-Sachstelle?“ Das ist wirklich einmal eine „kurze“ Anfrage. Die Antwort der Regierung wird hoffentlich ebenso kurz sein, etwa: „Die Reichs-Sachstelle kostet viel und nützt nicht, aber die Herren, die sie führen, befinden sich wohl dabei.“

Verbindung Dänemark-Bourbon. Prinz Renatus v. Bourbon, ein Bruder der ehemaligen Kaiserin Zita, hat sich in Kopenhagen mit der Prinzessin Margarethe verheiratet. Die Braut, geb. 1895, ist die einzige Tochter des Prinzen Waldemar von Dänemark aus dessen Ehe mit der verstorbenen Prinzessin Marie von Orleans und ist katholischer Konfession. Prinz Waldemar ist ein Oheim des regierenden Königs Christian X.

Richter ohne Fachbildung. Im Preussischen Landtag haben Demokraten und Sozialdemokraten, den Vorschlag gemacht, hervorragend befähigten, und praktisch erfahrenen Leuten aus allen Kreisen des Volks die Möglichkeit zu geben, durch Ablegung der Gerichtsassessorprüfung ohne den bisher vorgeschriebenen Ausbildungsgang die Befähigung zum Richteramt zu erlangen.

Verhafteter Mörder. In Zürich wurde als Mörder des Bankprokuristen Benzin, der kürzlich in seinem Bureau in Basel überfallen worden ist, der ehemalige deutsche Oberleutnant E. G. S. Greiner aus Straßburg, der sechs Jahre lang im Feld gestanden ist, entdeckt und verhaftet. Er erklärt, auch in Straßburg einen Doppelmord begangen zu haben.

Verräter. Der Maschinensführer Hand von Haslach (Baden) hatte im Frühjahr 1920 als Angestellter der Bad. Antikfabrik fünf Zeichnungen von Maschinen und geheimen Verfahren zur Herstellung von Farben um 450000 Franken ans Ausland verkauft. Durch besondere Umstände kam die Errichtung der geplanten Fabrik in Belgien nicht zustande. Unter Berücksichtigung dieses Umstands verurteilte das Gericht Neufchat a. S. den Hand nur zu 1 Jahr Gefängnis.

Brand. In dem Dorf Sent im Unterengadin brach vermutlich durch einen Kaminschaden in einem Haus ein Brand aus, der so rasend um sich griff, daß in 1½ Stunden 50 Häuser eingeschert wurden. Der Viehstand ist fast ganz verloren. Da die Bewohner auf dem Feld und im Wald arbeiteten, kam die Hilfe zu spät.

Reite Reite. Die Schuhfabrik Weill A.-G. in Kreuzlingen (Schweiz) erstreckt ein Abkommen mit den Gläubigern. Der Verlust wird auf 1,7 Millionen Franken angegeben.

Einem eigenartigen Geschie ist, wie „Der Bayer. Kurier“ schreibt, eine Ortsgruppe der Unabhängigen Sozial. Partei im Bezirk Burglengfeld zum Opfer gefallen. Eines Tages war eine Mitgliederversammlung in das Wohnzimmer des ersten Vorsitzenden, eines ehrsamten Maurers, einberufen. Plötzlich erschien im Versammlungssaal, mit einem Schemel bewaffnet, die Ehefrau des Maurers und forderte die Versammelten unter der Drohung, mit dem Schemel zuzuschlagen, zum Verlassen des Lokals auf, wobei sie der Vereinerung vorwarf, ihren Mann „verdorben“ zu haben. Die Folge dieses Vorgehens war die Auflösung der Ortsgruppe, die unter Aufstellung der Kaffe (jedes Mitglied erhielt 8 Mark) betätigt wurde.

Höflichkeitunterricht für Fahrpersonal. Die Verwaltung der Londoner Untergrundbahn hat einen Höflichkeitunterricht für die Beamten eingeführt. Es ist in England Klage darüber erhoben worden, daß die Sitten der Leute, die mit dem Publikum im Verkehr stehen, recht schlecht geworden seien. Dem soll nun abgeholfen werden. Dem Schüler wird vor allem gelehrt: Höflichkeit ist ein Berufsvorteil und nie ein Nachteil. Gebrauche sie stets den Fahrgästen gegenüber. Erinnerung dich: Die Eisenbahn zuerst, dann aber Höflichkeit zu jeder Zeit. Sodann werden die Verkehrsbeamten angewiesen, Leuten, die sich verirrt haben, hilfsreich zur Seite zu stehen, Fremden freiwillig Auskunft zu erteilen, Handreichung zu leisten, wenn Leute mit schwerem Gepäck beauftragt sind, Krüppeln, Kranken, Frauen mit Kindern beizustehen, sich mit den Fahrgästen in Auseinandersetzungen einzulassen. Die Londoner wollen nebenbei die Gefahrung gemacht haben, daß bei schlechtem Wetter die Unhöflichkeit der Beamten zunimmt.

Gerichtliche Zustände. Mehrere Tage hindurch gingen in Marburg an der Lahn französische Offiziere in mehr als gründlicher Weise die Häuser, die Kassen, Waffendepots und Mannschaftslisten des Reichswehrbataillons. Alle Gegenstände, die nicht vorgeschrieben und durch die Friedensbestimmungen in ihrer Zahl genau festgelegt sind, müssen abgeliefert werden. Es wurde sogar vorgeschrieben, daß jeder Mann nur 2 Monturen besitzen dürfe. Waffenschein müssen die abfertigten Kleiderstücke zerschneiden werden. Auch in Gießen mußte sich das dortige Bataillon der gleichen demütigenden Prüfung unterziehen. Das dortige Bataillon darf zur Ausbildung der Leute nicht einmal ein einziges gebräuchliches Maschinengewehr behalten.

Die schwarzen Bekien. In Saarlouis lodten marokkanische Soldaten des 43jährigen Väterchens des Paul Wittmer in die Kaserne und vergingen sich in schwerster Weise an ihm. — Herr Kriegsminister Barthou sagte neulich bei seiner Besichtigungsreise im besetzten Gebiet, das Benehmen der farbigen Truppen sei einwandfrei.

Auf eine Mine gelaufen ist der griechische Dampfer „Dubulina“, der 240 griechische Flüchtlinge von Smyrna nach Athen bringen sollte. Das Schiff sank sofort. Nur zwei Personen wurden durch das Panzerschiff „Demnos“ gerettet.

Sarrazin †. In Berlin-Friedenau ist der Werkseheime Rat Dr. Otto Sarrazin, 79 Jahre alt, gestorben. Er war viele Jahre Vorsitzender des Allg. Deutschen Sprachvereins.

Strafverfahren gegen den Dieb des dritten Bismarckbands. Gegen den Druckerbesitzer, der ein Exemplar des dritten Bändes von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ entwendet und an den früheren aktiven Hauptmann Siedentopf weitergegeben hatte, schwebt ein Strafverfahren. Der Hauptmann hatte versucht, den Band für 50.000 Franken nach Frankreich zu verkaufen. Der Verkaufsmittler war aber ein elbischer Volksknecht, der die unsauberen Mänschaften rechtzeitig aufdeckte.

Schreibmaschinenabteilung in Schnellzügen. Die Eisenbahnverwaltung geht mit dem Gedanken um, in den neu zu beschaffenden D-Zugwagen Abteile erster Klasse einzurichten zu lassen, in denen Schreibmaschinen den Reisenden zur Benützung bereit stehen. Sie würde mit der Durchführung dieses Plans einer alten Forderung der reisenden Kaufleute entsprechen.

Die Bezeichnung „Frau“. Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags hat eine Eingabe der bayerischen Frauen- und Lehrerinnenvereine, berufsmäßigen weiblichen Personen den Titel „Frau“ zu gewähren, der Regierung zur Würdigung überwiesen.

Auch das Grammophon wird besteuert. In Treuen (Sachsen) hat man die Besteuerung von Musikinstrumenten für den Hausgebrauch beschlossen. Die Steuer beträgt 1 v. H. des steuerpflichtigen Gesamteinkommens des Höchstbesteuerten im Haushalt des Besitzers des Musikinstrumentes.

Drahtlose Musikübertragung. In der Staatsoper in Berlin wurden bei der Aufführung am 8. Juni im Spielraum mehrere Mikrophone (Apparate zum Aufnehmen und Weiterleiten der Schallwellen) angebracht und mit der Großfunkstelle Königswusterhausen verbunden. Durch eine Übertragungsrichtung wurde Musik und Gesang drahtlos in einem Umkreis von 1200 Kilometern weitergegeben. So konnte man nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in London, Paris, Rom, Petersburg, Christiania usw. die Berliner Opernaufführung deutlich hören.

Rattenplage. Wie die „Reizler Neuest. Nachr.“ aus Neuseelands (Sa.-Altenburg) melden, hat das letzte Hochwasser (scheinbar in manchen Grundstücken eine Rattenplage hervorgerufen. In einem Hause am Weinberg nahmen die Ratten so überhand, daß sich die Bewohner ihrer kaum noch erwehren konnten. Zwei Kinder der Familie sind sogar von den Ratten angegriffen worden. Auf behördliche Anordnung mußte das Haus sofort geräumt werden.

Die Laune eines Blitzes. Aus Ostfriesland wird geschrieben: Einen wahrhaft mephistophelischen Spaß machte sich dieser Tage ein Blitzstrahl, der bei einem schwächeren Gewitter in dem Küstendorf Borffum das

Bohnhaus eines Eisenbahnschaffners traf. Der Blitz schlug zum Glück mit dem heftigsten Gewitter den Schornstein des Hauses in Trümmer, zersplitterte den Dachstuhl und fuhr durch die Öffnung hinunter ins Bohnzimmer. Dort sprang der Funke durch die Scheibe des Glasfensters mitten in die Porzellanherstellereiten der Hausfrau hinein. Im Nu waren Teller, Tassen und anderes Geschirre wie von unsichtbarer Hand kurz und klein geschlagen. Damit nicht genug, fuhr der Blitz aus dem Eberdenhause wieder heraus und zischend direkt in das blanke Zifferblatt des Regulators hinein, dessen Uhrwerk er augenblicklich zerstörte. Nachdem er also sein Mätschen gelüßt hatte, entschwand der feurige Rüssel lautlos durch das Fenster, die schreierstarrten Hausbewohner in muffigem Schwefeldunst zurücklassend.

200.000 Goldrubel sind nach der Londoner „Morning Post“ von der russischen Arbeiterpartei den streikenden Bergleuten in England bewilligt worden.

Ausfuhrzoll auf Erddöl. Die Regierung in Mexiko hat den Ausfuhrzoll auf Erddöl um 25 Prozent erhöht.

Schiff in Not. Bei dem amerikanischen Marineamt in Boston ist ein drahtloser Hilferuf eines Dampfers eingegangen, der auf dem Atlantischen Meer mit Eisbergen zusammengestoßen ist. Man vermutet, daß es sich um den englischen Dampfer „Seapool“ (4502 Tonnen) handelt.

Italienische Auswanderung nach Amerika. Der Welke Stern-Dampfer „Conopie“ kam dieser Tage mit über 1000 italienischen Auswanderern in Boston an. Nach dem neuen Auswanderergesetz dürfen innerhalb eines Monats nur 300 Italiener landen. Wenn keine gegenteilige Weisung erteilt, muß der übrige Teil mit dem Dampfer zurückfahren.

Wirbesturm. Im Bezirk San Miguel der mittelamerikanischen Republik San Salvador wurden durch einen Sturm 12 Dörfer weggeführt. In der Stadt El Tranfio wurden 54 Häuser zerstört. Die Ernte ist größtenteils vernichtet.

Schleppschiffahrt auf dem Neckar. Der Gesellschaft Schleppschiffahrt auf dem Neckar ist auf ihr Ansuchen im Benehmen mit der württembergischen und heffischen Regierung für das badische Landesgebiet die Genehmigung erteilt worden, einen weiteren Zuschlag von 250 Prozent auf den Gesamtschlepplohn für Fahrzeuge und Ladung zum ursprünglichen Schlepplohn zu erheben. Der Gesamtschlag zu den Grundtarifen beträgt somit jetzt 900 Prozent. Diese Tarifierhöhung tritt mit Wirkung vom 1. April 1921 in Kraft.

Aus der Heimat.

Wildbad, 13. Juni 1921. (Aus der Sitzung des Gemeinderats v. 31. Mai 1921). Notstandsarbeiten. Nachdem die hiesige Stadt zur Beschäftigung der zahlreichen hiesigen Erwerbslosen schon über 2 Millionen für

Notstandsarbeiten ausgegeben hat, kann sie in bisheriger Weise nicht fortfahren. Es ist Pflicht des Staates hier helfend einzugreifen. Es wird beschlossen, gemeinschaftlich mit der Nachbargemeinde Calmbach, wo ähnliche Verhältnisse wie hier vorliegen, beim Reichsverkehrsministerium in Berlin um Ausführung des 2. Looses des Bahngleisbaues Calmbach-Wildbad nachzusuchen. Daß dieser Bahngleisbau jetzt halbzeitig eingestellt werden soll, so daß der seitherige Aufwand für das 1. Loos von 2 Millionen in der Hauptsache ein vergeblicher wäre, erscheint ohnedies befremdlich. Hier bietet sich Gelegenheit eine größere Anzahl Erwerbsloser zu produktiver Arbeit heranzuziehen, was zweifellos mehr im Staatsinteresse gelegen ist, als ihnen ohne Gegenleistung Erwerbslosenunterstützung zu bezahlen. — Verkehrssteuerpflicht der Bergbahn. Die hiesige Bergbahn hat zufolge einer Entscheidung des Landesfinanzamts, da sie nicht als Straßenbahn im Sinne des Verkehrssteuergesetzes gelten könne, seit 1920 12 % der Fahrgelder als Verkehrssteuer zu entrichten, statt dem früheren Satz von 6%. Da die Bergbahnen in Baden-Baden und Heidelberg bisher als Straßenbahnen anerkannt sind und den niederen Satz von 6% zu bezahlen haben, will man in der Sache erneut vorstellig werden und nötigenfalls die Entscheidung des hierfür zuständigen Bundesrats über die strittige Frage herbeiführen. — Wiederbesetzung der städt. Forstmeisterstelle. Die durch den Austritt des jetzigen Stelleninhabers freiwerdende städt. Forstmeisterstelle wird zur Wiederbesetzung auf 30. September ds. Js. mit den Gehaltsbezügen eines Forstamtsvorstands und einer angemessenen Dienstaufwandsentschädigung ausgeschrieben. — Wohnhausneubau. Dem Oberingenieur Feldsmann aus Crefeld, welcher auf seinem Grundstück am Panoramaweg ein Bohnhaus erbauen will, wird die unentgeltliche Gewinnung des erforderlichen Steinmaterials im Stadtwald gestattet. — Es folgen noch verschiedene kleinere Gegenstände.

Calmbach, 11. Juni. Nachdem die schon seit mehreren Jahren in Verwendung stehende mechanische Leiter mit 12 m Steighöhe für die hiesigen Verhältnisse sich nicht mehr in allen Fällen als ausreichend erwiesen hatte, entschied sich der Verwaltungsrat der Freiwilligen Feuerwehr zum Ankauf einer Original-Lieb-Leiter mit 15 m Steighöhe. Diese wurde in den Werken der J. G. Lieb Söhne G. m. b. H. Blaubeuren (früher Viberach-Riß) hergestellt und ist dieser Tage hier eingetroffen. Heute fand durch den Landesfeuerlösch-Inspektor die Prüfung des Gerätes statt, die sich außer Abmessungen hauptsächlich auf die Manövrierfähigkeit und Tragkraft erstreckte, und da das Gerät auch sonst in allen Teilen schön und solid ausgeführt ist, konnte daraufhin die anstandslose Inbetriebnahme der neuen Leiter vorgenommen werden. Eine kleine Übung der Bedienungsmannschaft, die dem Gerät zugeteilt ist, bildete den Schluß der Prüfungsvornahme.

Änderung des Gebäudebrandversicherungsgesetzes und Neuanmeldungen zum Abschluß von Teuerungsvericherungen.

Durch das Gesetz vom 21. April ds. Js. und die Vollzugsvorfugung hierzu wird den Gebäudeeigentümern im Brandschadensfall zu der Friedensversicherungssumme ein Zuschlag von 500 Proz. gewährt, so daß bei Vollschäden die ordentliche Entschädigungssumme bis zum Schaden der Friedensversicherungssumme betragen kann.

Zu dieser Versicherung können die Gebäudeeigentümer außerdem noch eine Teuerungsvericherung zur Friedensversicherung bis zu 400 Prozent beim Ortsvorsteher beantragen.

Die bisher bestandenen Kriegswertversicherungen sind, soweit sie bis zu 500 Prozent betragen, mit Wirkung vom 1. Januar 1921 außer Kraft gesetzt.

Anträge auf Teuerungsvericherungen sind spätestens bis 1. Juli d. J. beim Ortsvorsteher zu stellen. Die Gebäudeeigentümer werden jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß beim Eingehen einer Teuerungsvericherung die Versicherungsbeiträge entsprechend erhöht werden.

Neuenbürg, den 7. Juni 1921.

Oberamt:
Reg.-Ressor Killig.

Bekannt gemacht mit dem Anfügen, daß nun die bisherigen Kriegswertversicherungen der Neuordnung bedürfen.

Zur Abgabe einer Erklärung über den Abschluß einer Teuerungsvericherung werden diejenigen Gebäudeeigentümer, welche seit 1. Januar 1921 eine Kriegswertversicherung angemeldet haben, aufgefordert, am Dienstag, den 14. ds. Mts. auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 zu erscheinen.

Wildbad, den 8. Juni 1921.

Stadtschultheißenamt: Vögner.

Die Brotkarten-Abgabe

findet am Dienstag, den 14. Juni vorm. von 8—12 Uhr statt.

Auf Aushilfskarte I werden 1 1/2 Pfd. Kochmehl ausgegeben zum Preise von M. 5.25 Pro Person. Die Abgabe des Mehls erfolgt für die Nr. 1—300 Mittwoch, vorm. von 8—12 Uhr, 301—600 Mittwoch nachm. 2—6 Uhr, 600 bis Schluß Donnerstag vorm.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Forstamt Meistern.

Reifig-Verkauf.

Am Donnerstag, den 16. Juni 1921, vorm. 10 Uhr werden in Kleinenhof aus Staatswald I Meistern Abt. 2 Aushalde 6 Reifiglose, geschätzt zu 2150 Wellen, verkauft.

Heugras-Verkauf.

Das Heugras von dem künftigen Friedhof, Parzelle 1123/1 u. 1123/2 (genannt Mülleracker) von jirta 1 ha 19 qm Parzelle 1123/3 u. 1124 " " " " 1 ha wird in 2 Losen am

Mittwoch, den 15. Juni 1921, vorm. 11 Uhr auf dem Rathaus gegen Barzahlung verkauft.

Wildbad, den 13. Juni 1921.

Stadtpflege.

Spezial-Haus
Rudolf Wieser
Pforzheim
Westliche 16

in

Strumpf-, Weiß- und Wollwaren, Hand-Arbeiten, Baby-Ausstattungen

Pfannkuch & Co

Neu eingeführt!
Bestes Speisefett

Pfund 6.60
Maß

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen

Turn-Verein Wildbad.

Dienstag abend 9 Uhr
Ausschuß-Sitzung
in der Turnhalle.
Der Vorstand.

Eier
per Stück M. 1.65 sowie pr. Schweizer- u. Edamer-Käse empfiehlt
Linders Delikatessengeschäft.

Garagen i. Bädern
verkaufen spielend uns. Zubehör-Neuheiten
Aero-Ges. Berlin W. 15.
Joachimsthalerstr. 9

Todesanzeige.

Samstag vormittag verschied jäh durch ein Unglück unser lieber, unvorgesetzter

Fritz

im blühenden Alter von 12 Jahren

In tiefem Schmerz:
Familie Schmit
Wilhelma, Olgastr.

Die Beerdigung findet Montag abend 6 Uhr vom Trauerhause aus statt.

HALT! Jetzt kaufen Sie zur Herstellung u. Vermehrung Ihres Haustrunkes

Naturmost- und Beerenwein nur noch die Spezial-Marken Schülz-Apfelpele, Schwarzwaldb-Perle, Johannisbeer- u. Heidelbeer-Fabrikate. (geköst und ungeköst)

In allen Volkskreisen als bestes bewährte Produkte anerkannt und eingebürgert. Unser unbegrenzter Umsatz ist unstreitig die volle Garantie für gute und billigste Bedienung. Nach einfacher Zubereitung sofort hell u. trinkfertig. Beim Einkauf achte man auf unsere Plakate.

Schülz & Hönninger, Billingen bod. Schwarzw.
Großfabrikation in Mosttrakt, Essenzen und Frucht-sirup. Verkaufsstellen werden, wo noch keine vorhanden errichtet.

Wiesengelände

in der Nähe Windhof zu kaufen, oder zu pachten gesucht.

Angebote mit Angabe der Größe und Lage unter „Wiesengelände“ an die Exped. ds. Blattes.

Bruchkranke
kann ohne Operation und Bet-ruals-törung geheilt werden. Sprech-

Stunde in Pforzheim, Bahn-hof Pforzheim am 17. Juni von 9-11 Uhr.
Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchleiden.

